Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 5 | Montag, den 5. Januar 1931 | Jahrgang 1931

Der kommunistische Terror.

Im Dortmunder und Bochumer Revier nur 4–5% nicht eingefahren.

+ **Dortmund**, 4. Januar.

Die Streiklage am 3. Januar 1931 hat keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß lediglich das nördliche Randgebiet des Ruhrbergbaus von der Streikwelle erfaßt worden ist. Das Zentrum des Gebiets und der Südrand weisen ganz geringe Streikziffern auf. In den Bezirken der Polizeipräsidien Dortmund und Bochum, die einen großen Teil der westfälischen Schachtanlagen umfassen, streikten zunächst lediglich 500 Mann, davon in Wanne-Eickel 300 Mann, in Mengede 200 Mann. Die kommunistischen Versuche, mit Gewalt eine Arbeitsniederlegung zu erzwingen, sind bis jetzt in letzteren Gebieten restlos gescheitert. Den Anzeichen nach zu urteilen, werden die Kommunisten in den nächsten Tagen mit verstärkter Kraft versuchen, gewaltsam eine Arbeitsniederlegung auf den Zechen zu erzwingen. Die Polizei hat alle Vorkehrungen getroffen, um die Arbeitswilligen zu schützen und den kommunistischen Terror zu verhindern. Auch die Streiklage am 4. Januar hat keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Im allgemeinen ist eine leichte Abnahme der Streikenden in den einzelnen Bezirken festzustellen. Im Präsidialbezirk Bochum streiken zur Zeit 217, am Vortage 300 Mann, in der Provinz Westfalen insgesamt 4 bis 5 Prozent. Das gestern vom Polizeipräsidenten in Bochum erlassene Demonstrationsverbot hat sich günstig ausgewirkt. Im Präsidialbezirk Bochum ist der heutige Sonntag bisher ruhig verlaufen. Versuche von kommunistischer Seite, zu demonstrieren und Arbeitswillige von der Arbeit fernzuhalten, wurden durch die Polizei sofort im Keime erstickt. In den Abendstunden des 3. Januar mußten etwa 200 Kommunisten, die sich während der Seilfahrt vor den Toren der Zeche „Friedrich der Große 3/4" in Herne angesammelt hatten, unter Anwendung des Gummiknüppels von der Polizei zerstreut werden.

★

Der Gewerkverein lehnt scharf ab.

+ **Essen**, 4. Januar.

In drei großen Bezirkskonferenzen, die am Sonntag in Dortmund, Hamm und Gelsenkirchen abgehalten wurden, nahm der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Stellung zu der durch die gescheiterten Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau herbeigeführten lohnpolitischen Lage. Eingehend wurde in Referaten, die die Gewerkschaftssekretäre Kiefelbach, Krömelbein und Redakteur Rütten vor Bergknappen hielten, über den Ausgang der Lohnverhandlungen berichtet. Es wurde betont, daß die Bergarbeiterverbände bis zur Grenze des Möglichen gegangen seien. Die Lohnabbauforderungen der Zechenbesitzer erfuhren in den stark besuchten Versammlungen einmütig schärfste Zurückweisung. Unter Hinweis auf die große Zahl der Feierschichten und auf die Leistung einer Stunde Mehrarbeit in den letzten sechs Jahren wurde erklärt, daß die Bergarbeiterschaft der Volksgemeinschaft gegenüber bereits große Opfer gebracht hätte und daß ein Lohnabzug im Hinblick auf die Notlage der Bergarbeiter und ihrer Familien nicht tragbar sei. Man verbleibe bei der Ansicht, daß die Herbeiführung einer besseren Lage des Bergbaus auch ohne Lohnherabsetzung zu erreichen sei. Die wilden Streikaktionen der Kommunisten mit ihren gewalttätigen Ausschreitungen fanden in allen Konferenzen scharfe Ablehnung. Werde man in den nächsten Tagen diese Ausschreitungen fortsetzen, so würde die organisierte Bergarbeiterschaft sich zu einer entschiedenen Abwehr aufraffen. Die Putschbewegung der Kommunisten verschlimmere die Lage der Bergarbeiterschaft und sei geeignet, Erfolge der Gewerkschaftsbewegung um Jahre hinaus wieder zurückzuwerfen. Man erwarte ein Eingreifen der Regierung. In allen Konferenzen wurde der Leitung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter rückhaltlos das Vertrauen ausgesprochen, wie man auch einstimmig beschloß, nur den Weisungen der vier Bergarbeiterverbände zu folgen.

★

Die Kommunisten kündigen den Generalstreik an.

⊙ **Bochum**, 4. Januar.

Im Schützenhof fand heute vormittag die von der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition angekündigte Schacht-Delegiertenkonferenz statt. Das Hauptreferat hielt das Mitglied der RGO, Söfkow, Essen. Offen erklärte er, daß der Kampf um die Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung, um die Errichtung eines neuen roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter und um die Verwirklichung der politischen Ziele der Kommunistischen Partei und der Roten Internationale gehe. Der Bezirksleiter der Kommunistischen Partei für den Ruhrbezirk, Reichstagsabgeordneter Florin, überbrachte die Grüße der kommunistischen Parteileitung, welche die Bewegung kräftig unterstützen werde. Aus den Ausführungen Söfkows ging hervor, daß man morgen auf allen Schachtanlagen des Ruhrgebietes mit verstärkten Maßnahmen eingreifen werde, um die Streikbewegung auf das ganze Ruhrgebiet auszudehnen. Sollte die Polizei zum Schutze der Arbeitswilligen die Zechentore besetzen, so würde man den Kampf in die Zechenkolonien hineintragen und die Wege zu den Schächten mit Streikschutztruppen besetzen. In den nächsten Tagen werde man versuchen, die Anhänger der verschiedenen Verkehrsverbände, so die Straßenbahner, Schiffer, Hafen-, Eisenbahn- und Gemeindearbeiter und Metallarbeiter mit in die Bewegung hineinzuziehen, um es zu einem Generalstreik im Ruhrrevier zu treiben. Weiter wurde von dem Redner erklärt, daß das Endziel des Kampfes die Errichtung eines Sowjetdeutschlands sei. Ein besonderer Gruß wurde an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und an den „Führer des Weltproletariats" Stalin gerichtet. Die Tagung wurde mit dem Rufe „Heil Moskau" und dem Absingen der kommunistischen Internationale geschlossen.

★

Unveränderte Lage im Hamborner Gebiet.

◆ **Hamborn**, 4. Januar.

Die Streikziffer auf den Hamborner Schachtanlagen der Vereinigten Stahlwerke und der Zeche „Neumühl" ist im großen und ganzen unverändert geblieben. Gestern abend kam es zu großen Ansammlungen vor den Zechentoren, die aber von der Polizei zerstreut werden konnten. Am Vormittag durchzogen mehrere Demonstrationszüge von Streikenden die Stadt. Im Stadtteil Neumühl und Walsum, wo die Streikziffer sich etwas erhöht hat, sammelten sich einige hundert Streikende, die die Arbeitswilligen vom Gang zur Arbeitsstelle abzuhalten versuchten. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden, als sie die Menge auseinandertrieben, mit Steinen beworfen. Nach der allgemeinen Lage scheint es noch sehr zweifelhaft, ob am Montag früh die Arbeit wieder aufgenommen wird.

★

Die Polizei wird aus den Häusern beschossen.

— **Mörs**, 4. Januar.

Die Streiklage auf den linksrheinischen Zechen hat sich seit Samstag mittag weiter verschärft, mit Ausnahme der Rheinpreußen-Schächte, wo fast die gesamte Belegschaft Samstag abend zur Nachtschicht eingefahren ist. Auf fast allen anderen Schächten ist die Zahl der Streikenden größer geworden. Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß viele Bergleute gern anfahren möchten, dieses aber wegen des kommunistischen Terrors nicht wagen. Recht kritisch dürfte die Lage am Montag werden, da dann alle diejenigen, die willkürlich drei Schichten gefeiert haben, wegen Kontraktbruchs entlassen werden. Bei einigen Schachtanlagen ist diese Maßnahme bereits durch Anschlag bekanntgegeben worden. Recht unruhig ist es Samstag abend in Lintfort gewesen. Als die Verhaftung des kommunistischen Betriebsratsmitgliedes Andreiczak und einiger anderer Rädelsführer bekannt geworden war, zog eine Menge von etwa 2000 Mann vor die Polizeiwache, um die Freilassung der Verhafteten mit Gewalt zu erzwingen. Die Polizei versuchte, die Menge zu zerstreuen, wurde aber beschossen und mußte nun auch ihrerseits von der Schußwaffe Gebrauch machen. Bei diesem Feuergefecht erhielt der 17jährige Arbeiter Steffensdorfer einen Brustschuß, an dessen Folgen er nach wenigen Minuten starb. Drei andere Bergleute wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Im weiteren Verlauf des Abends wurden Polizeipatrouillen, die durch die Straßen der Kolonie streiften, aus den Häusern heraus beschossen. Recht lebhaft ging es Samstag abend in Neukirchen zu, wo beim Schichtwechsel Arbeitswillige und Polizisten von den Streikenden belästigt und beschossen wurden, sodaß die Beamten einige Schreckschüsse abgaben, wodurch jedoch niemand verletzt wurde. Auch hier wurden die Polizeistreifen aus den Häusern heraus beschossen. An den übrigen Streikorten ist es, wenn auch Ansammlungen vor den Zechentoren stattfanden, zu Unruhen nicht gekommen. Wegen der Vorkommnisse auf Schacht 5 der Zeche „Rheinpreußen" in Utfort am Freitag abend wurden in der Kolonie Mörs-Meerbeck zwei kommunistische Rädelsführer verhaftet.

★

Ein Sabotageakt.

— **Wanne-Eickel**, 4. Januar.

Auf Schacht Wilhelm der Zeche Pluto wurde am Sonntag abend von unbekannten Tätern ein Sabotageakt verübt. Zwei Förderwagen wurden in den Schacht geworfen, um die Förderung unmöglich zu machen. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf etwa 25 000 Mark. Ein Teil der Belegschaft des Schachtes kann infolge des Sabotageaktes nicht einfahren. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die von in der Nähe arbeitenden Leuten gesehen wurden.

★

Unruhen auch in Ahlen.

• **Ahlen**, 4. Januar.

Seit Freitag befinden sich die Bergarbeiter in Ahlen im wilden Streik, der von den Kommunisten und Arbeitslosen inszeniert wurde. Von der 600 Mann betragenden Belegschaft der Morgenschicht fuhren Freitag 250 Mann und Samstag 157 Mann an, von der Abendschicht fuhren am Samstag nur sieben Bergleute ein. Die Kommunisten und Arbeitslosen hindern die Bergleute an der Einfahrt. Teilweise überfielen sie die zur Arbeit gehenden Bergleute, beschimpften sie und bewarfen sie mit Steinen. Samstag wurde von Hamm Schupo zur Verstärkung der Polizei herbeigeholt. Außerdem ist die Landjägerei des Kreises zur Verstärkung herangeholt worden. Sonntag morgen fanden zwei Versammlungen statt. Anschließend daran wurde in der Stadt demonstriert. Nachmittags zog die Schupo in der Kolonie auf. Sie wurde mit Steinen beworfen und aus der Menge der Streikenden fielen Schüsse. Daraufhin griff die Polizei zur Waffe und verletzte einen der Streikenden durch einen Schuß ins Knie. Für heute abend 1 Uhr ist weitere Verstärkung der Polizei von Hamm herangeholt worden. Man erwartet, daß die Lage sich noch weiter zuspitzen wird. Die kommunistischen Betriebsratsmitglieder sind von den Zechen entlassen worden.

★

Der Reichsarbeitsminister fährt in das Ruhrgebiet.

+ **Berlin**, 4. Januar.

Wie wir erfahren, hat am Sonnabend abend und im Laufe des Sonntag an den zuständigen Stellen eine Reihe von Besprechungen stattgefunden, die der Lage im Ruhrgebiet galten. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat die Situation mit dem Schlichter Dr. Brahn durchberaten und dann am Sonntag abend eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler gehabt. Das Ergebnis dieser Beratungen ist, daß Dr. Stegerwald am Montag morgen nach Dortmund fahren wird, um die Situation an Ort und Stelle anzusehen. Die Reise steht übrigens nicht in Zusammenhang mit den Nachrichten über die Teilstreiks und die Ausschreitungen der Radikalisten. Diese werden vielmehr in Berlin ziemlich ruhig beurteilt, zumal auch der Verlauf der Konferenzen der Verbände gezeigt habe, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft durchaus besonnen ist und die Ausschreitungen sich im wesentlichen auf den linksrheinischen und den nördlichen Teil des Ruhrgebietes beschränkten. Diese Gebiete sind bei solchen Anlässen erfahrungsgemäß immer unruhig gewesen. An zuständiger Stelle hat man das radikale Vorgehen der Kommunisten auch erwartet, da es klar war, daß sie die schwere Schlappe, die sie im Berliner Konflikt erlitten haben, durch verstärkte Agitation wieder wettzumachen versuchen würden.

Die Reise des Reichsarbeitsministers gilt den Vorbereitungen der neuen Verhandlungen des Schlichters mit den beiden Parteien, die bekanntlich für den kommenden Mittwoch angesetzt sind. Die Situation ist insofern schwierig, als auf der einen Seite die Gewerkschaften von weitgehenden Zugeständnissen offenbar ein Anwachsen der radikalen Strömungen befürchten, während andererseits auch die Kündigungen die Vergleichsmöglichkeiten erschwert haben. Es wird nun die Aufgabe des Arbeitsministers sein, durch Besprechungen mit beiden Parteien den harten Boden aufzulockern, damit am Mittwoch ein Mehrheitsschiedsspruch zustande kommt, den er für verbindlich erklären kann. Wenn die recht schwierige Aktion Dr. Stegerwalds Erfolg hat, so würde nach Auffassung Berliner Kreise das Ruhrgebiet sehr bald wieder zur Ruhe kommen.

Gegen Wirth und Groener.

Die Nazis verlangen Anklage vor dem Staatsgerichtshof.

Berlin, 3. Januar.

Wie der Nationalsozialistische Parlamentsdienst mitteilt, haben die Nationalsozialisten im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach Reichsminister des Innern Dr. Wirth und Reichswehrminister Dr. Groener wegen Verletzung der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angeklagt werden sollen.

Dr. Wirth wird vorgeworfen, er habe die Reichsverfassung angeblich dadurch verletzt, daß er im Fall Thüringen Angehörige der Nationalsozialistischen Partei für unfähig zur Bekleidung von Polizeistellen erklärte. Ferner habe er rechts- und vertragswidrig dem Land Thüringen die Reichszuschüsse für Polizeizwecke gesperrt und dadurch Thüringen aufs schwerste geschädigt. Dem Reichswehrminister Groener wird vorgeworfen, er habe die Reichsverfassung dadurch verletzt, daß er 1929 einen Erlaß herausgegeben habe, wonach alle in Reichswehrbetrieben (Heeres- und Marinewerkstätten) beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die der Nationalsozialistischen Partei angehören, zu entlassen seien. Die Verfassungswidrigkeit des Erlasses sei in einem Urteil des Arbeitsgerichts Wilhelmshaven von Anfang Dezember v. J. festgestellt.

Die Nationalsozialisten beantragen schließlich die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Verwendung der im Reichshaushalt für 1929 ebenso wie für 1930 für sachliche Aufklärungsarbeit, für Nachrichtendienst und zum Schutz der Republik vorgesehenen Mittel im einzelnen nachprüfen und insbesondere feststellen soll, ob und inwieweit diese für parteipolitische Zwecke, wie für Ueberwachung der Nationalsozialistischen Partei oder für die Bespitzelung des Landes Thüringen verausgabt worden seien.

★

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion will also den Innenminister Wirth und den Reichswehrminister Groener vor den Staatsgerichtshof bringen, Wirth, weil er angeblich Reichsmittel dazu verwendet haben soll, um die Nazi-Partei zu beaufsichtigen und das Land Thüringen zu bespitzeln. Hier haben wir den typischen Beweis für die Unsauberkeit dessen, was am Neujahrstage ein bürgerlicher Führer die aufbrausende vaterländische Bewegung genannt hat. Die Nazis wollen die Verfassung stürzen und bedienen sich dazu jedes Mittels. Vor Gericht pflegen sie es aber zu leugnen und jetzt wollen sie sich sogar der verfassungsrechtlichen Mittel der von ihnen bewußt sabotierten Republik bedienen, um Männer zu stürzen, die pflichtgemäß im Dienste eben dieser Politik alles unternehmen, um ihre Feinde an ihrem hochverräterischen Vorhaben zu hindern. Man sieht also, daß Logik und Sauberkeit ohne weiteres zum alten Eisen geworfen werden, wenn es gilt, eigene Machtgelüste durchzusetzen. Im übrigen ist kaum anzunehmen, daß die Anträge auf Ministeranklage, die nach Artikel 59 der Reichsverfassung einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, die Zustimmung des Reichstags finden werden.

London-Edinburg-Expreß entgleist.

Drei Tote, etwa 50 Verletzte.

+ **London**, 3. Januar.

Der Expreßzug Edinburg-London ist am Sonnabend nördlich von Carlisle verunglückt, indem er beim Ueberfahren einer Weiche aus dem Gleis sprang. Die Lokomotive und mehrere Wagen stürzten den Abhang am Eisenbahndamm hinunter und gruben sich tief in das Erdreich ein. Sie wurden dabei fast gänzlich zertrümmert. Die nachfolgenden Wagen stellten sich quer über den viergleisigen Bahnkörper, während die zwei hinter der Lokomotive laufenden Wagen auf der anderen Seite des Dammes hinunterstürzten. Hilfe war schnell zur Stelle. Eisenbahner, Arbeiter, Polizeibeamte, Aerzte und Soldaten konnten das Rettungswerk sofort aufnehmen.

Insgesamt sind drei Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf etwa 50. Ein früher als tot gemeldetes Kind hatte schwere Verletzungen davongetragen. Der Zug bestand aus sieben Personenwagen. In den drei letzten Wagen ist niemand verletzt worden. Am schwersten hatten die Reisenden im Speisewagen zu leiden, der, ebenso wie zwei Eisenbahnwagen, vollständig zertrümmert wurde. Die Leichen konnten noch nicht identifiziert werden, da sie stark verstümmelt sind.

Augenzeugen des Unglücks erklären, daß die Trümmer der Eisenbahnwagen und die Steine des Bahndammes etwa fünfzig Meter hoch in die Luft flogen. Der Heizer der Lokomotive ist schwer verletzt worden und konnte bisher keinerlei Erklärungen über die Ursache des Unglücks abgeben.

In der Nähe der Unglücksstelle fand gerade ein Fußballkampf zwischen einer Militärmannschaft und einer Zivilmannschaft statt. Das Spiel wurde sofort nach dem Unglück abgebrochen und die gesamten Mannschaften eilten zur Hilfeleistung herbei. Der Eisenbahnverkehr ist bis auf weiteres gesperrt, da ein Personenwagen quer über den Schienen liegt.

gedacht. Denn, wie viele ren konnten, müssen heute enn der Vater und die Im Haushalt kann noch am Lohn des Mädchens. Mädchen möchte in dieser einer Hausangestellten Wo Arbeit übernommen übernommen und wo n. Eine für viele.

ithes. und schön? Damen bewegt, ist durch zum großen Teil gelöst n Wella gebührt diese der Fall und hundertmen jeden Alters mit nd schöner aussehen. Die eren Systemen gegenüber ent Zeitersparnis, vollüffende Haltbarkeit der erteilt gern und unver-

er! n-Kuren. Appetit nimmt zu chlaf wird gebessert, hme des Gewichts, ung, besseres Ausnen und Erhöhung owie spezifische Heilr bis zu 14 Jahren (18 ihrer Kinder von en. Kindern, kostenlos! Bocholt

Portemonnaie mit Inhalt verloren; vom Neuhau Schill-Str. b. Münster-Str. Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Nähmaschinen liefere ich bedeutend billiger wie hausierende Agenten. Reparaturen fachgemäß sofort unter Garantie. Heinr. Rose, Nobelstr.

Ia. Ofler-Dachpappe teerfreie Pappe, Karbolineum u. Teer empfiehlt [69125 Johann Wilms, Kaiser-Friedrichstr.

Mehr Licht (mehrf. ges.), 5 bis 6 ma. hellere Tischbeleuchtg. oder ⅓ Stromersparnis. Paßt auf jede Glühlampe RM. 2.- und RM. 1.50 Gebr. Becker, Nobelstr. 14 Sichtbar im Schaufenster. [0330e

Wer verkauft sein Haus eventl. mit Geschäft oder sonstigem Anwesen hier oder in Umgebung? Nur Angebote direkt vom Besitzer unter V1 an den Verlag der „Vermiet- u. Verkaufs-Zentrale", Köln a. Rh., Friesenplatz 16, Hansahaus

Kaninchen (belgische Riesen) mit 5 Junge (5 Monate) und Stallung (12 Fäher) abzugeben. „Schützen"str. 9.



stattfindet. 55e

Das Parteigericht der Wirtschaftspartei.

Der Streit Drewitz–Colosser.

Berlin, 4. Januar.

Das Parteigericht der Wirtschaftspartei ist unter dem Vorsitz des früheren Abgeordneten Beier-Dresden am Sonnabend in Berlin erneut zusammengetreten, um sich mit dem verschärften Führerkonflikt in der Wirtschaftspartei zu beschäftigen. Das Parteigericht ist vom Vorstand der Wirtschaftspartei angerufen worden, nachdem die sehr schweren Vorwürfe des Reichstagsabgeordneten Colosser gegen den Parteivorsitzenden Drewitz in der Oeffentlichkeit bekannt geworden waren. Dem Parteigericht sind die Vorwürfe gegen Drewitz an sich nichts Neues mehr, es hat sich bereits mehrmals sehr eingehend mit der Denkschrift Colossers zu befassen gehabt. Diesmal soll jedoch festgestellt werden, ob das Vorgehen des Reichstagsabgeordneten Colosser und des Landtagsabgeordneten Dannenberg gegen Drewitz „parteischädigend" ist, und ob den beiden ein weiteres Verbleiben in der Wirtschaftspartei ermöglicht werden kann.

Der Abgeordnete Colosser ist verreist. Er hat in einem langen Briefe an das Parteigericht noch einmal alle Vorwürfe gegen Drewitz substantiiert wiederholt und erklärt, daß er von dem bisher Gesagten nichts zurücknehme, sondern bereit sei, den Wahrheitsbeweis an anderer Stelle zu führen. Aus diesem Grunde halte er es auch für überflüssig, in Berlin vor dieser Partei-Instanz zu erscheinen, und er werde sich alle weiteren Schritte, wie auch der Spruch ausfallen möge, vorbehalten.

Dagegen war der Abgeordnete Dannenberg vor dem Untersuchungsausschuß erschienen und hat das Material mitgebracht, das er gegen Drewitz vorbringen will. Es soll sich um Konto-Auszüge aus den Büchern der Mittelstandsbank handeln, sowie um eine Anzahl Wechsel, die Drewitz bei dem Bau seiner Villa den Handwerkern als Sicherheit gegeben und die hinterher von der Mittelstandsbank nach den Angaben von Dannenberg aus Parteimitteln eingelöst worden sind. Vor dem Parteigericht wurde auch der Sohn des Landtagsabgeordneten Dannenberg vernommen, der als Beamter bei der Mittelstandsbank tätig war, und der es nach der Behauptung von Colosser abgelehnt hat, einen Uebereignungsvertrag, den Drewitz zugunsten der Bank aufgesetzt hatte, vorzudatieren.

Der „Sächsische Kurier", das Organ der Wirtschaftspartei Sachsens, beschäftigt sich unterdessen erneut mit der Führerkrise. Die Leitungen der drei sächsischen Wahlkreise hatten immer einer Verbindung von Partei und wirtschaftlicher Selbsthilfeorganisation den schärfsten Widerstand entgegengesetzt und von der Reichsleitung schon vor Jahren ihre völlige Trennung gefordert. Die Gründe des bedenklichen Führerstreiks resultierten aus einer Mißachtung der Warnungen der sächsischen Parteiorganisation. Ohne Rücksicht auf die Schuldfrage, die vom Prüfungsausschuß noch zu klären sein werde, hält der „Kurier" an dem Standpunkt fest, daß ein Führer auch dann die Konsequenzen auf sich zu nehmen habe, wenn er als Vorsitzender einer Partei, die sich auf die organisierte Wirtschaft stützt, deren Erfahrungen und Warnungen nicht respektiere. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß die Führerkrise nur im Sinne der sächsischen Parteileitung gelöst werden könne.

*

Drewitz bleibt Führer.

O Berlin, 4. Januar.

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei trat am Sonntag unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Fraidel-Hildesheim im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Vorwürfen beschäftigte, die von dem Abgeordneten Colosser gegen den Parteivorsitzenden Drewitz erhoben worden sind. Auch der frühere Reichstagsjustizminister Bredt war nicht erschienen. An der Tagung beteiligten sich Vertreter der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, der Fraktionen der Länderparlamente und die Vertreter der Wahlkreisorganisationen aus dem ganzen Reiche. An den Bericht des unter dem Vorsitz des früheren Abg. Beier-Dresden stehenden Ausschusses zur Prüfung der Vorwürfe gegen den Parteivorsitzenden schloß sich eine über acht Stunden dauernde Aussprache. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird von der Wirtschaftspartei folgender Bericht ausgegeben:

„Der Reichsausschuß der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) hat den Bericht des Prüfungsausschusses über die von Herrn Colosser gegen den Parteivorsitzenden Drewitz erhobenen Vorwürfe entgegengenommen. Der Reichsausschuß hat die Ueberzeugung gewonnen, daß dem Parteivorsitzenden Drewitz keinerlei ehrenrührige Handlungen zur Last fallen und spricht ihm erneut das Vertrauen aus. Der vom Parteivorstand gestellte Antrag auf Ausschluß des bereits aus der Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Colosser auch aus der Partei wurde dem zuständigen Parteigericht zur satzungsgemäßen Behandlung überwiesen.

Das Verhalten des Herrn Colosser fand die einmütige Mißbilligung des Reichsausschusses. Im übrigen beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Entwurf eines Initiativgesetzes zum Schutze des deutschen Volksvermögens, der Wirtschaft und des Mittelstandes, das auf Veranlassung der Landesleitung Sachsens ausgearbeitet ist. Durch die Bestimmungen des Entwurfes werden eine Reihe von Beschwerden der Wirtschaft abgestellt und die unerläßlichen Ausführungsbestimmungen des Artikels 164 der Reichsverfassung geschaffen."

Entlarvung des Fürsten Bülow

Ein hartes, aber treffendes Urteil.

— München, 3. Januar.

Die „Münchener Neueste Nachrichten" veröffentlichten am Samstag nachmittag eine Unterredung ihres Redaktionsmitgliedes Dr. Trefz mit dem ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn v. Schoen, über die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow. Es handelt sich dabei in erster Linie um die sogenannte „Daily Telegraph"-Angelegenheit vom Jahre 1908. Während Fürst Bülow sagt, daß auch von Schoen den Entwurf zu dem Bericht an ihn vom 5. Oktober, worin die Veröffentlichung als unbedenklich bezeichnet worden sei, gegengezeichnet habe, erklärt Herr von Schoen, er sei mit der Prüfung des Manuskriptes niemals bedacht und überhaupt abwesend gewesen. Erst am 8. Oktober, als das Unheil schon geschehen war, sei er nach Berlin zurückgekehrt, und erst am 28. Oktober habe er Kunde von dem Artikel erhalten. Auf die Frage, was von der Behauptung des Fürsten Bülow zu halten sei, daß er den Artikel nicht gelesen habe, weil er in ganz unleserlicher Handschrift auf dünnem, schlechtem Durchschlagpapier geschrieben gewesen sei, erwiderte Herr von Schoen, es stehe aktenmäßig fest, daß der Entwurf in deutlicher Maschinenschrift auf sauberem Papier, der erste Bogen mit dem Kopf des „Daily Telegraph" hergestellt gewesen sei. Weiter habe dem Reichskanzler wenige Tage danach eine ebenfalls in Maschinenschrift im Auswärtigen Amt angefertigte Aktenschrift mit Vorschlägen zur Aenderung einiger bedenklicher Stellen vorgelegen. Mit diesem Schriftstück in der Hand habe der Fürst am 6. Oktober seine Zustimmung zur Veröffentlichung an den Gesandten Jenisch, den Vertreter des Auswärtigen Amtes im kaiserlichen Hoflager, gegeben.

Eine Stellungnahme zu den übrigen Erzählungen des Fürsten Bülow lehnte Freiherr von Schoen ab. Er habe nur einzelne Kapitel aufmerksam gelesen, aber dabei schon feststellen müssen, daß der Verfasser vor keinem Vertrauensbruch, keiner Gehässigkeit, keiner Entstellung und keiner Verleumdung zurückscheue, um sich selbst den Lorbeer des unfehlbaren Staatsmannes um die Stirn zu winden, um die Schuld an einer zur Katastrophe führenden Politik aber dem Kaiser, seinem Nachfolger und seinen Mitarbeitern zu belassen.

Der Tod des Marschalls Joffre.

Beisetzung auf Staatskosten.

— Paris, 3. Januar.

Ueber den Tod des Marschalls Joffre bringt die Agentur Havas folgende Einzelheiten. Heute früh um 7 Uhr erkannten die Aerzte, daß das Ende herannahe und vielleicht nur noch Minuten auf sich warten lassen werde. Die Familienmitglieder und die Freunde, sowie die dem Marschall nahestehenden Offiziere seines Stabes, wurden telephonisch benachrichtigt. Um 7,30 Uhr trafen die Frau des Marschalls, sein Schwiegersohn, seine Schwiegertochter, sowie mehrere Offiziere seines Stabes ein. Der herbeigerufene Pater erteilte dem Kranken die General-Absolution und kniete am Lager nieder. Um 8,23 Uhr, als einer der Aerzte den Puls des Marschalls fühlte, während der Pater den Herzschlag beobachtete, stellten beide den Tod fest.

Um 8,50 Uhr erschien Ministerpräsident Steeg in der Klinik und brachte der Witwe Joffres das Beileid der Regierung zum Ausdruck. Im Laufe des Vormittags haben außerdem der Präsident der Republik, Doumergue, und der apostolische Nuntius Marione persönlich der Witwe ihr Beileid zum Ausdruck gebracht, ebenso zahlreich andere Persönlichkeiten.

Die Einbalsamierung der Leiche des Marschalls erfolgte heute nachmittag; die Leiche wurde alsdann in der Ecole Militaire aufgebahrt.

Bekanntlich war am 19. Dezember um 5,30 Uhr nachmittags Marschall Joffre operiert worden. Es wurde ihm das rechte Bein abgenommen. Dann lag er beinahe acht Tage lang im Todeskampf. Das Bewußtsein erlangte er immer nur auf fünf bis zehn Minuten. Der Marschall ist, ohne zu leiden, gestorben.

Heute hat ein Kabinettsrat stattgefunden, um die Maßnahmen zur feierlichen Beisetzung des Marschalls Joffre vorzubereiten. Die Regierung beschloß, Marschall Joffre, ebenso wie seinerzeit Marschall Foch, auf Staatskosten beizusetzen. Die Beisetzung erfolgt am Mittwoch früh. Die Leiche wird von der Kirche Notre Dame nach dem Invaliden-Dom übergeführt und dort provisorisch beigesetzt. Die endgültige Beisetzung wird erst nach Kenntnisnahme der testamentarischen Bestimmungen erfolgen können, weil der Marschall möglicherweise den Wunsch ausgedrückt hat, auf seinem Landsitz Louveciennes bei Paris beerdigt zu werden. Bei der Beisetzungsfeierlichkeit selbst wird nur der Kriegsminister Barthou im Namen der Regierung und im Namen der französischen Akademie eine Rede halten.

*

Englisches Beileid.

)!(London, 3. Januar.

König Georg hat an den Präsidenten der französischen Republik folgendes Telegramm gerichtet: „Ich schließe mich meinem Volke an, um Ihnen und der französischen Nation mein tiefes Beileid zum Tode des Marschalls Joffre auszusprechen." In dem vom britischen Botschafter in Paris überreichten Beileidstelegramm der Londoner Regierung heißt es: „Die großen Dienste, die der verstorbene Marschall in den dunklen Tagen des Jahres 1914 geleistet hat, haben ihm einen sicheren Platz im Herzen jedes Engländers gewonnen." An der Beisetzung des Marschalls wird auch eine starke englische Abordnung teilnehmen, die aus dem englischen Botschafter in Paris, Lord Tyrell, als Vertreter des Königs, zwei Marschällen als Vertreter des englischen Heeres, dem Ersten Seelord als Vertreter der Marine, dem Marschall der Lufttruppen sowie Truppenabordnungen in Stärke von 6 Offizieren und 110 Mann mit Musik bestehen wird.

Die Feierschichten bei der Reichsbahn.

Der kritische 15. Januar.

Wie die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner mitteilt, sind die Bezirksleitungen der Organisationen in Dresden beauftragt worden, die Klage betreffend Feierschichten am Arbeitsgericht in Dresden einzureichen. Daraufhin ist die Reichsbahnverwaltung dazu übergegangen, auf sämtlichen Dienststellen im Direktionsbezirk Dresden eine namentliche Liste auflegen zu lassen, wonach jeder Arbeiter unterschreiben soll, daß er 1. mit der Einlegung von Feierschichten einverstanden sei und 2. keinen Lohnanspruch für die Feierschichten stelle.

Nach den jetzt vorliegenden Meldungen haben etwa 96 Prozent der Belegschaften es abgelehnt, diese Unterschrift zu geben. Da die Reichsbahn unter allen Umständen ihre Maßnahmen durchführen wird, beabsichtigt sie nunmehr, die gesamte Belegschaft im Dresdener Direktionsbezirk auszusperren.

Die Gewerkschaften haben inzwischen mit dem Landesarbeitsamt Verhandlungen aufgenommen, damit a) während der Aussperrung keine Arbeitskräfte vermittelt werden und b) den Ausgesperrten die Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Das Landesarbeitsamt in Dresden hat zugesagt, im Sinne der Gewerkschaftsforderungen zu verfahren.

Die Kündigungen der bisherigen Einzelarbeitsverträge, die von der Reichsbahn zur Jahreswende bei mehr als 100 000 Eisenbahnarbeitern ausgesprochen worden sind, laufen ungefähr Mitte dieses Monates ab, so daß der 15. Januar einen kritischen Zeitpunkt für die Reichsbahn darstellen dürfte, falls nicht bis dahin ein Einverständnis mit den Organisationen erzielt werden wird. Neben der Einleitung von Klagen bei Arbeitsgerichten besteht auch die Möglichkeit, daß in den betreffenden Bezirken die Eisenbahnarbeiter nach Ablauf der Kündigung ihre Arbeitsstellen verlassen, weil sie sich als ausgesperrt betrachten. Der Streit um die Feierschichten hat sich also stark zugespitzt, so daß, falls keine Verständigung erfolgt, unter Umständen ein Arbeitskampf von weittragender Bedeutung sich entwickeln kann.

Preisbindung bei Markenartikeln.

× Berlin, 3. Januar.

Das Reichswirtschaftsministerium hat nach einem Beschluß des Reichskabinetts dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln zur gutachtlichen Stellungnahme zugeleitet. Nach dieser Verordnung sollen künftig Preisbindungen bei Markenartikeln nur dann noch rechtswirksam sein, wenn und insoweit eine Senkung der Verbraucherpreise um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Stand am 1. August durchgeführt ist. Dabei wird erwartet, daß die Durchführung der Preissenkung im Zusammenwirken von Erzeugern, Großhändlern und Einzelhändlern erfolgt und nicht zu Lasten nur einer der beteiligten Wirtschaftsgruppen geht. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wird sich bereits am 5. und 6. Januar mit der Vorlage beschäftigen.

Abbruch der Verhandlungen im englischen Kohlenbergbau.

:: London, 3. Januar.

Die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten hat die Vorschläge der Arbeitgeber zur Beilegung des Konfliktes endgültig abgelehnt. Die Konferenz wurde hierauf abgebrochen. Nach dem Abbruch der Verhandlungen erklärte der Schriftführer des Bergarbeiterverbandes, Cook, der Verband bemühe sich, eine sofortige Unterredung mit Macdonald herbeizuführen. Er hoffe, daß sie nächsten Montag zustande kommen werde.

Die Weltfliegerin Miß Johnson in Berlin.

× Berlin, 3. Januar.

Miß Amy Johnson, die resolute, außerdem auch ein wenig „spleenige" Engländerin, die Freitag mittag aus den Lüften herniederstieg, nachdem sie eine Zeitlang auf der Vermißtenliste gestanden hatte, hat sich Köln einen Tag lang angesehen und ist dann wieder davongeflogen. Der Start war ursprünglich auf 9 Uhr angesetzt. Das sehr wenig einladende Wetter machte jedoch eine Verschiebung erforderlich. Auch um 11 Uhr luden Regen und Nebel kaum zu einer Luftfahrt ein. Die Fliegerin hatte jedoch Courage . . . Beamte der englischen Luftfahrtslinie Imperial Airways, die in Köln stationiert sind, bemühten sich um ihre Landsmännin mit großer Höflichkeit. Sie halfen ihr in die Maschine hinein und „verstauten" sie sachgemäß. Da die Maschine, die Fräulein Johnson fliegt, einen ausgesprochenen Sporttyp darstellt, ist der Führersitz offen, um so mehr muß man also den Mut der Weltfliegerin bewundern, die sich durch übles Wetter von ihrem Plan nicht abbringen läßt. Um 11,05 Uhr gab der Beamte des Flughafens das Startzeichen. Die Maschine kam leicht vom Boden weg.

Um 5,34 Uhr landete Miß Amy Johnson auf dem Flughafen Tempelhof. Sie wurde dort gegen 3 Uhr erwartet. Als bis 4 Uhr keine Spur von ihr zu sehen und keine Meldungen über ihren weiteren Verbleib eingelaufen waren, bemächtigte sich des Publikums und der zum Empfang erschienenen Behördenvertreter eine allgemeine Unruhe. Die Luftpolizei verständigte alle zwischen Köln und Berlin liegenden Stationen durch Rundfunk, nach der Fliegerin zu forschen. Als sie bis um 5,15 Uhr, nachdem bereits völlige Dunkelheit herrschte, nicht eingetroffen war, rechnete man schon damit, daß sie das Opfer eines Unfalls geworden sei. Plötzlich ertönte 5 Uhr Propellergeräusch über Tempelhof, und nach einer Orientierungsrunde über dem Flughafen landete Amy Johnson sicher und glatt auf dem ihr unbekannten Flugplatz. Dieser Etappenflug ist bei dem über Mitteldeutschland herrschenden schlechten Wetter eine besonders gute Leistung, die noch dadurch erhöht wird, daß die Pilotin bei Dunkelheit sich gut orientieren konnte.

Die erst 22 Jahre alte Fliegerin ist durch ihren Flug nach Australien berühmt geworden. Sie will jetzt über Sibirien nach Peking fliegen. Nach dem Start in London landete sie zum erstenmal in Lüttich.

Nach Warschau gestartet.

× Berlin, 4. Jan. Die englische Fliegerin Amy Johnson ist heute früh um 10,28 Uhr vom Flugplatz Tempelhof nach Warschau gestartet.

Aufgabe des Peking-Fluges?

× Warschau, 4. Jan. Die heute vormittag um 10,30 Uhr in Berlin zum Fluge nach Warschau gestartete englische Fliegerin Amy Johnson mußte bei dem Dorfe Krasnosielsk, in der Nähe von Pultusk, 100 Kilometer nördlich von Warschau, notlanden. Die Fliegerin ist unverletzt. Das Fahrgestell der Maschine ist jedoch vollständig zertrümmert, sodaß die Durchführung des Peking-Fluges unmöglich sein dürfte.

*

Im Frachtflugzeug zum Transozeanflug gestartet.

× Newyork, 4. Jan. Das Frachtflugzeug „Tradewind" ist gestern früh um 5,50 Uhr unter Führung von Frau Beryl Hart und des Fliegerleutnants McLaren mit einer Ladung Frachtgut zum Fluge nach Paris gestartet. Der Flug soll in Etappen über die Bermudas und die Azoren führen. Der Start ging glatt vonstatten. Das Flugzeug umkreiste einmal den Curtis-Wasserflughafen und nahm dann Kurs nach Osten. Es überflog, gefolgt von einem zweiten Flugzeug, das ihm einige hundert Kilometer weit das Geleit geben wird, Long Island und war bald den Blicken entschwunden. Es hat heute früh gegen 3,30 Uhr MEZ. in Hampton Roads eine Landung vorgenommen.

Deutscher Flug Berlin — Westafrika.

× Berlin, 4. Jan. Heute früh startete Fräulein Elly Beinhorn, die erst kürzlich mit dem silbernen Sportfliegerabzeichen ausgezeichnet wurde, mit ihrem 40 PS.-Klemm-Flugzeug vom Flugplatz Staaken aus zu einem Fluge nach Westafrika. Ihre erste Zwischenlandung wird sie in Stuttgart vornehmen, um dort noch im Klemmflugzeugwerk einige Ersatzteile zu besorgen. Der Weiterflug geht über Südfrankreich, Spanien nach Marokko, von dort an der Küste entlang über Casablanca, Port Etienne und Dakar nach Bissao in Portugiesisch-Guinea. Dort trifft Fräulein Beinhorn mit der wissenschaftlichen Expedition des Forschers Bernatzik und Professor Dr. Struck-Dresden zusammen, um mit ihrem Flugzeug zu Forschungsflügen ins Innere des Kontinents und nach den Bissagos-Inseln zur Verfügung zu stehen. Sie gedenkt etwa vier bis fünf Monate in Afrika zu bleiben.

Die Ostreise.

Von

Reichskanzler Dr. Brüning.

— Berlin, 3. Januar.

Die Botschaft des Herrn Reichspräsidenten vom 13. März 1930 bezeichnete als wesentliche Aufgaben der Reichsregierung die Hilfe für die Landwirtschaft und die hart bedrängten Gebiete an den Ostgrenzen des Reichs. Die neue Reichsregierung hat sich bemüht, ihr im Rahmen des Möglichen gerecht zu werden. Die Maßnahmen, die bisher für Ostpreußen getroffen waren, sollten durch ein umfassendes Osthilfegesetz auf die anderen notleidenden Gebiete an den Ostgrenzen ausgedehnt, sie sollten erweitert und organisch gestaltet werden. Leider wurde durch die Auflösung des Reichstags der Erlaß des umfassenden Osthilfe-Gesetzes unmöglich gemacht. Nur die nötigsten und dringendsten Aufgaben konnten durch Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten in Gang gesetzt werden.

So ist es zu verstehen, daß die Erwartungen, die sich für die Bevölkerung an die Osthilfe knüpften, noch nicht so weit befriedigt werden konnten, wie es der Wille der Reichsregierung war und ist.

Der Wille, dort zu helfen, wo die Not am größten ist, ist der Grund für die Bereisung der Ostgrenze durch Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der Preußischen Staatsregierung, den Reichsbankpräsidenten und den Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft. Trotz der knapp bemessenen Zeit soll versucht werden, möglichst mit allen Bevölkerungskreisen in Berührung zu treten, möglichst alle Wünsche und Ausführungen entgegenzunehmen und so ein umfassendes Gesamtbild der Lage und der Not zu gewinnen. Die Reise soll ein äußeres Zeichen dafür sein, daß der starke Wille der Selbsterhaltung und der Staatsbejahung, der Liebe zur eigenen Scholle und zum Vaterland, der in der Bevölkerung der Ostgebiete lebt, einig ist und gleich gerichtet mit dem Willen der Reichsregierung und des Herrn Reichspräsidenten, die nach wie vor bereit sind, die letzten Kräfte einzusetzen für Deutschlands Osten.

Der Beginn der Reise.

CNB Berlin, 3. Jan. Reichskanzler Brüning wird morgen abend die bereits angekündigte Ostreise antreten. Der Reichskanzler und die ihn begleitenden Minister werden mit dem Zuge 23,35 Uhr vom Stettiner Bahnhof nach Pommern abreisen.

Abg. Kaas an die Adresse Frankreichs.

+ Kassel, 4. Januar.

Im Rahmen einer großen Zentrumskundgebung, die anläßlich der Tagung der Reichsparteibeamten des Zentrums in Kassel stattfand, sprach außer den Reichstagsabgeordneten Joos und Dr. Bürgers auch der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas. Auf nationalsozialistische Zwischenrufe hin beschäftigte sich Prälat Kaas auch mit der Politik der Nationalsozialisten. Er empfahl ihnen, „Urlaub von der Politik zu nehmen", denn nur damit könnten sie dem deutschen Volk den besten Dienst erweisen. Als den letzten Sinn der Politik der Reichsregierung bezeichnete Prälat Kaas die Tatsache, daß das Sanierungswerk im Innern das deutsche Volk für den geistigen und diplomatischen Kampf um seine äußere Frei-